

Amtliche Bekanntmachung

2017

Ausgegeben Karlsruhe, den 12. Januar 2017

Nr. 4

I n h a l t

Seite

Institutsordnung des Instituts für Funktionelle Grenzflächen (IFG)	15
---	-----------

Institutsordnung des Instituts für Funktionelle Grenzflächen (IFG)

Präambel

Die Institutsordnung des Instituts für Funktionelle Grenzflächen basiert auf der Rahmenordnung für Institutsordnungen des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) in der Fassung vom 01.08.2014.

Die Institutsordnung wurde vom Direktorium beschlossen, die Institutsversammlung hat am 27.06.2016 und 09.09.2016 ihr Benehmen erteilt. Der Bereichsrat des Bereichs I hat der Institutsordnung in seiner Sitzung am 28.06.2016 zugestimmt. Das Präsidium hat in seiner Sitzung am 19.12.2016 festgestellt, dass die Institutsordnung der Rahmenordnung entspricht, so dass gemäß § 7 Abs. 5 der Gemeinsamen Satzung des KIT vom 01.01.2014 die Zustimmung des KIT-Senats nach § 5 Abs. 4 Satz 1 Nr. 4, Satz 2 des Gesetzes über das Karlsruher Institut für Technologie (KIT-Gesetz) in der Fassung vom 14.07.2009 (GBl. S. 317 ff), zuletzt geändert durch Artikel 5 des dritten Gesetzes zur Änderung hochschulrechtlicher Vorschriften (Drittes Hochschulrechtsänderungsgesetz – 3. HRÄG) vom 01.04.2014 (GBl. S. 99, 167) als erteilt gilt.

Das Institut für Funktionelle Grenzflächen heißt im Englischen „Institute of Functional Interfaces“. Als Abkürzung wird in jedem Fall „IFG“ verwendet.

§ 1 Gremien des Instituts

Das Institut für Funktionelle Grenzflächen hat

1. ein Direktorium,
2. einen Institutslenkungsausschuss,
3. eine Institutsversammlung.

§ 2 Gliederung des Instituts

(1) Das Institut für Funktionelle Grenzflächen ist derzeit in 5 Abteilungen gegliedert (Bioprozesstechnik und Biosysteme, Mineralische Grenzflächen, Neue Polymere und Biomaterialien, Chemie oxydischer und organischer Grenzflächen, Membran-Technologie).

(2) Abteilungen, Arbeits- und Projektgruppen werden durch das Direktorium in Abstimmung mit dem Institutslenkungsausschuss gebildet und aufgelöst.

§ 3 Angehörige des Instituts

(1) Angehörige des Instituts sind die am Institut tätigen

1. Hochschullehrer/-innen (Professoren und Professorinnen, Juniorprofessoren und Juniorprofessorinnen, Dozenten und Dozentinnen) sowie berufenen leitenden Wissenschaftler/-innen gemäß § 14 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 KIT-Gesetz,
2. akademischen Mitarbeiter/-innen gemäß § 52 LHG und wissenschaftlichen Mitarbeiter/-innen gemäß § 14 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 KIT-Gesetz¹,
3. sonstigen Personen des Technischen und Verwaltungspersonals,
4. Honorarprofessoren und -professorinnen, Gastprofessoren und -professorinnen und -wissenschaftler/-innen, außerplanmäßigen Professoren und Professorinnen, entpflichteten oder im Ruhestand befindlichen Professoren und Professorinnen sowie Privatdozenten und -dozentinnen und Lehrbeauftragte, deren Forschungs- bzw. Lehrtätigkeit zum Arbeitsbereich des Instituts gehört,
5. studentischen und wissenschaftlichen Hilfskräfte sowie Lehrassistenten und -assistentinnen gemäß § 57 LHG.

(2) Darüber hinaus sind diejenigen Studierenden und Promovierenden Angehörige des Instituts, die im Rahmen ihrer Abschlussarbeit bzw. Dissertation dort tätig sind, soweit sie nicht unter Absatz 1 Ziff. 2 oder 5 fallen.

§ 4 Leitung

(1) Das Institut hat zwei bestellte Leiter/-innen, die das Institut kollegial leiten (Direktorium). Die Bestellung der Institutsleiter/-innen erfolgt gemäß den Regelungen des KIT-Gesetzes und der Gemeinsamen Satzung des KIT.

(2) Ist nur eine/r der Institutsleiter/-innen hauptberuflich am Institut tätig, nimmt diese/r das Amt des/der Sprechers/Sprecherin (geschäftsführende/n Direktor/-in) wahr, andernfalls wählen die Institutsleiter/-innen für die Dauer von zwei Jahren aus ihrer Mitte den/die Sprecher/-in. Wiederwahl ist möglich. Das Ergebnis der Wahl ist dem/der zuständigen Bereichsleiter/-in sowie den im Übrigen zuständigen Stellen mitzuteilen. Die Amtszeit des/der Sprechers/Sprecherin beginnt grundsätzlich mit dem akademischen Jahr. Der/die Sprecher/-in bestellt eine/n Stellvertreter/-in, wenn nur er/sie hauptberufliche/r Institutsleiter/-in ist, andernfalls ist der/die andere Institutsleiter/-in automatisch der/die Stellvertreter/-in.

(3) Das Direktorium tagt mindestens einmal im Semester. Jedes Mitglied des Direktoriums kann unter Angabe des Grundes verlangen, dass eine außerordentliche Sitzung des Direktoriums einberufen wird. Das Direktorium beschließt die Institutsordnung im Benehmen mit der Institutsversammlung; gleiches gilt bei nicht nur geringfügigen Änderungen der Institutsordnung.

¹ Als wissenschaftliche Mitarbeiter/innen des Großforschungsbereichs gelten auch die wissenschaftlich-technischen Mitarbeiter/innen.

(4) Der/die Sprecher/-in kann jederzeit zurücktreten. Der Rücktritt erfolgt schriftlich gegenüber dem Direktorium und ist dem/der zuständigen Bereichsleiter/-in sowie den im Übrigen zuständigen Stellen mitzuteilen. Der/die Stellvertreter/-in nimmt die Aufgaben des/der Sprecher/-in bis zur Wahl eines/einer neuen Sprechers/-in wahr.

(5) Das Direktorium beruft mindestens einmal im Semester eine Dienstbesprechung ein, in der wesentliche Angelegenheiten des Instituts besprochen werden. Zu dieser Besprechung sind alle am Institut tätigen Hochschullehrer/-innen und berufenen leitenden Wissenschaftler/-innen einzuladen.

§ 5 Aufgaben des/der Sprechers/Sprecherin

(1) Der/die Sprecher/-in trägt die Verantwortung für das Institut und trifft die Entscheidungen über die wissenschaftlichen und technischen Angelegenheiten des Instituts. Er/sie stimmt sich dabei mit dem/der anderen Institutsleiter/-in und dem Institutslenkungsausschuss ab.

(2) Der/die Sprecher/-in hat insbesondere folgende Aufgaben:

a) Er/sie vertritt das Institut innerhalb des KIT und nach außen in wissenschaftlicher Beziehung im Zusammenwirken mit den jeweiligen zuständigen Personen.

b) Er/sie führt die laufenden Geschäfte des Instituts und sorgt für die Durchführung des Institutsbetriebs, insbesondere regelt er/sie die innere Organisation und sorgt für den wirtschaftlichen Einsatz des vorhandenen Personals und der zur Verfügung stehenden Sachmittel und Einrichtungen unter Beachtung etwaiger Auflagen des Präsidiums; davon ausgenommen sind personenbezogene Mittelzuweisungen (z. B. Berufungszusagen) und Zuwendungen Dritter sowie hieraus finanziertes Personal; Anträge für Zuwendungen Dritter bedürfen des Einvernehmens des/der Sprechers/Sprecherin hinsichtlich der daraus folgenden Ressourcen. Bestehende rechtliche Verpflichtungen sind vorrangig zu berücksichtigen. Im Übrigen fallen die Entscheidungen in Haushalts-, Wirtschafts- und Personalangelegenheiten in die Zuständigkeit der zentralen KIT-Verwaltung, es sei denn, der/die Bereichsleiter/-in ist zuständig. Eine Übertragung dieser Zuständigkeit auf das Institut ist zulässig, § 9 LHO bleibt unberührt.

c) Er/sie trägt die Verantwortung zur Wahrnehmung der Fürsorgepflicht für alle Institutsangehörigen und hat zur Verhütung von Arbeitsunfällen und Schäden (auch solche des KIT oder von Fremdfirmen oder sonstiger Dritter) alle Vorkehrungen zu treffen, die den geltenden Rechtsvorschriften (z.B. aus dem Arbeitsschutz-, Bau- und Umweltrecht), behördlichen Vorgaben (z.B. Genehmigungen, Auflagen, Anordnungen), allgemein anerkannten Regeln (z.B. Unfallverhütungsvorschriften) bzw. dem Stand der Technik sowie internen Vorgaben und Betriebsanweisungen entsprechen.

d) Er/sie sorgt für die Weiterbildung und für die Information der Institutsangehörigen. Er/sie gewährleistet den Informationsfluss aus den Gremien, insbesondere dem Bereichsrat, dem KIT-

Fakultätsrat und den KIT-Programmkommissionen und informiert u.a. auch über die forschungs-
politische Strategie des KIT sowie über die Möglichkeit zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie.
Er/sie trägt ebenfalls dafür Sorge, dass Personalgespräche durchgeführt werden.

e) Er/sie hat den Vorsitz im Institutslenkungsausschuss.

f) Er/sie übt vorbehaltlich des § 17 Abs. 10 LHG in den Räumen des Instituts das Hausrecht aus.

g) Er/sie stellt die Anträge auf Einstellung, Vertragsverlängerung oder Entlassung der dem Insti-
tut gemäß § 3 zugeordneten Angehörigen, soweit sich keine andere Zuständigkeit ergibt;

h) Er/sie gibt ggf. einen Institutsbericht heraus.

i) Eine Übertragung der Pflichten nach a) - h) auf eine/n andere/n geeigneten Institutsangehöri-
ge/n ist statthaft. Sie ist unverzüglich, unter Mitzeichnung des/der Verpflichteten und Beschrei-
bung seines/ihrer Verantwortungsbereiches und seiner/ihrer Befugnisse, schriftlich festzulegen
und ggf. den zuständigen Stellen zuzuleiten. Der/die Verpflichtete erhält eine Mehrfertigung.
Der/die Sprecher/-in hat den/die Verpflichtete/n sorgfältig auszuwählen und zu überwachen.

§ 6 Beratungsgremium

(1) Zur Beobachtung, Beratung und Unterstützung des Instituts kann durch das Direktorium in
Abstimmung mit den am Institut tätigen Hochschullehrer/-innen und berufenen leitenden Wis-
senschaftler/-innen ein Beratungsgremium eingesetzt werden. Das Beratungsgremium kann für
einen längeren Zeitraum oder im Hinblick auf einzelne Fragestellungen eingesetzt werden.

(2) Das Beratungsgremium wird gebildet aus institutsfremden, dem KIT angehörenden Personen
und nicht angehörenden Personen. Der/die Sprecher/-in zeigt die Mitglieder des Beratungsgre-
miums dem/der zuständigen Bereichsleiter/-in an. Erneute Berufung ist zulässig.

§ 7 Institutsversammlung

(1) Der/die Sprecher/-in beruft bei Bedarf, mindestens aber einmal im Jahr, eine Versammlung
aller Angehörigen des Instituts ein, in der diese Gelegenheit zur Information und Aussprache
haben. Eine Institutsversammlung ist im Übrigen dann durchzuführen, wenn mindestens ein Drit-
tel aller Institutsangehörigen, dies verlangt. Sie fasst Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der an-
wesenden Beschäftigten nach § 3 Abs. 1 Nrn. 1 - 4.

(2) Der/die Sprecher/-in unterrichtet die Institutsversammlung über die wesentlichen Angelegen-
heiten des Instituts und des KIT und gibt Gelegenheit zur Aussprache.

(3) Vor Einberufung einer Institutsversammlung ist der Personalrat unter Mitteilung der Tages-
ordnung rechtzeitig zu unterrichten. Ein/e Vertreter/-in des Personalrats kann an der Institutsver-
sammlung als Gast teilnehmen. Über die Institutsversammlung ist eine Niederschrift zu führen.

§ 8 Institutslenkungsausschuss

(1) Am Institut ist die angemessene Mitwirkung der Mitarbeiter/-innen über die in § 9 geregelten Themen durch die Einrichtung eines Institutslenkungsausschusses sichergestellt.

(2) Der Institutslenkungsausschuss setzt sich aus den Mitgliedern des Direktoriums, wobei diese eine Stimme haben, und Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 zusammen. Die Zahl der Mitarbeiter/-innen beträgt 10 Personen. Die Hälfte wird von den Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 nach Maßgabe des § 10 gewählt, die andere Hälfte wird vom Direktorium entsandt.

§ 9 Aufgaben des Institutslenkungsausschusses

(1) Der/die Sprecher/in hat den Institutslenkungsausschuss über alle wesentlichen Angelegenheiten des Instituts zu informieren.

(2) Der Institutslenkungsausschuss berät das Direktorium und wirkt bei der Entscheidungsfindung mit, insbesondere

a) bei der Aufstellung des Forschungs- und Entwicklungsprogramms für das Institut;

b) bei der Durchführung des Forschungs- und Entwicklungsprogramms und beim Einsatz der hierfür zur Verfügung stehenden Mittel;

c) beim Einsatz des Personals und bei der Aufstellung des Organisationsplans;

d) bei der Ernennung von Leitungspersonal;

e) bei Maßnahmen für die Durchführung der Erfolgskontrolle der wissenschaftlichen und technischen Arbeiten;

f) bei Auflösung oder wesentlicher Umstrukturierung des Instituts;

g) bei den Grundsätzen der Weiterbildung der Mitarbeiter/-innen.

Der Institutslenkungsausschuss kann von sich aus Vorschläge machen und Anregungen geben.

(3) Der Institutslenkungsausschuss soll in regelmäßigen Abständen, mindestens aber einmal im Halbjahr und 3 Mal pro Jahr tagen. Er beschließt mit einfacher Mehrheit der Anwesenden, sofern mindestens die Hälfte seiner Mitglieder und mindestens ein gewähltes Mitglied anwesend sind. Über die Sitzung des Institutslenkungsausschusses ist eine Niederschrift zu führen.

§ 10 Wahlordnung für den Institutslenkungsausschuss

- (1) Wahlberechtigt sind alle Beschäftigten nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 des Instituts, die in einem ungekündigten Arbeits- oder sonstigen Dienstverhältnis zum KIT stehen und nicht Mitglied des Direktoriums sind.
- (2) Wählbar sind alle wahlberechtigten Mitarbeiter/-innen gemäß Absatz 1.
- (3) Die Mitglieder des Institutslenkungsausschusses werden für die Dauer von zwei Jahren gewählt bzw. ernannt.
- (4) Der/die Vorsitzende der Institutsversammlung beruft den/die Wahlleiter/-in und den Wahlausschuss (bestehend aus drei Personen) für die Wahl zum Institutslenkungsausschuss. Der Wahlausschuss erstellt eine Liste, welche die Namen aller wählbaren Mitarbeiter/-innen enthält. Die Annahme der Kandidatur ist mit Unterschrift durch den/die Mitarbeiter/-in hinter seinem/ihrer Namen auf der Liste innerhalb von zwei Wochen zu bestätigen. Die so entstandene Liste ist die Kandidatenliste.
- (5) Ist die Anzahl der Kandidaten/Kandidatinnen nicht größer als die Anzahl der zu wählenden Beschäftigten, so muss der/die Wahlleiter/-in innerhalb einer Woche in einem Aushang auf diesen Umstand und auf die Folgen nach Absatz 6 hinweisen.
- (6) Erklären sich auch innerhalb einer Woche nach diesem Aushang nicht mehr wählbare Beschäftigte des Instituts zur Kandidatur bereit, als gewählt werden sollen, so gelten die Kandidaten/Kandidatinnen der Kandidatenliste als gewählt.
- (7) Außer im Fall der Absätze 5 und 6 erfolgt die Wahl als Briefwahl durch geheime unmittelbare Stimmabgabe. Die Wahlberechtigten kennzeichnen auf dem Stimmzettel höchstens so viele Namen, wie Mitarbeiter/-innen zum Institutslenkungsausschuss zu wählen sind (pro Kandidat/-in wird nur eine Stimme gewertet; keine Kumulation) und senden den Stimmzettel innerhalb einer Woche nach Erhalt an den/die Wahlleiter/-in zurück.
- (8) In den Institutslenkungsausschuss gewählt sind die Kandidaten/Kandidatinnen mit den meisten Stimmen. Bei Stimmengleichheit erfolgt die Entscheidungsfindung per Stichwahl, sofern hiervon die Mitgliedschaft im Institutslenkungsausschuss abhängt.
- (9) Der/die Kandidat/-in mit der jeweils höchsten Stimmenanzahl, der/die nicht mehr in den Institutslenkungsausschuss gewählt wurde, rückt bei Ausscheiden eines/einer gewählten Kandidaten/Kandidatin für die restliche Amtsperiode in den Institutslenkungsausschuss nach. Die Reihenfolge der Nachrücker/-innen wird bei Stimmengleichheit durch Losentscheid ermittelt.

§ 11 Konfliktklausel

Bestehen in wichtigen Fragen auch nach mehrmaliger Beratung im Institutslenkungsausschuss Meinungsverschiedenheiten zwischen den gewählten Mitgliedern und dem Direktorium, so kann sich der Institutslenkungsausschuss an den/die Bereichsleiter/-in wenden, sofern das die Mehrheit seiner gewählten und entsandten Mitglieder beschließt.

§ 12 Dienstliche Obliegenheiten

Die Tätigkeit der Mitglieder im Institutslenkungsausschuss gehört zu den dienstlichen Obliegenheiten.

§ 13 Nutzung, Benutzerkreis

(1) Mitglieder des KIT, deren Studien-, Forschungs-, Lehr- oder Arbeitsbereich dem Institut zuzuordnen ist, sind berechtigt, die Einrichtungen des Instituts entsprechend den vorhandenen sachlichen, finanziellen und räumlichen Möglichkeiten zu benutzen.

Das Direktorium regelt nach Beratung mit den am Institut tätigen Hochschullehrern/Hochschullehrerinnen und berufenen leitenden Wissenschaftlern/Wissenschaftlerinnen die Nutzung der vorhandenen Großgeräte sowie die Nutzung der Einrichtungen des Instituts.

(2) Andere Mitglieder des KIT sowie andere Personen können vom Direktorium als Benutzer/-innen zugelassen werden, sofern hierdurch die Belange der in Absatz 1 genannten Benutzer/-innen nicht wesentlich beeinträchtigt werden.

§ 14 Rechte und Pflichten

(1) Die nutzungsberechtigten Personen haben das Recht, die Einrichtungen des Instituts nach Maßgabe der Zulassung im Rahmen dieser Ordnung sowie der Hausordnung des KIT und bestehender Öffnungszeitenregelungen zu nutzen.

(2) Die Nutzungsberechtigten sind verpflichtet, die Einrichtungen des Instituts so zu nutzen, dass dessen Aufgabenerfüllung nicht beeinträchtigt wird. Insbesondere haben sie

- auf die anderen Nutzungsberechtigten Rücksicht zu nehmen,
- die Einrichtungen des Instituts sorgfältig und schonend zu nutzen,
- Beschädigungen oder Störungen unverzüglich dem/der Sprecher/-in zu melden,
- in den Räumen des Instituts und bei Inanspruchnahme seiner Einrichtungen den Weisungen des Institutspersonals Folge zu leisten und alle der Arbeitssicherheit dienenden Maßnahmen zu unterstützen, namentlich persönliche Schutzausrüstungen zu benutzen.

§ 15 Ausschluss von der Nutzung

(1) Nutzungsberechtigte, die wiederholt oder schwerwiegend gegen die Nutzungs- oder Hausordnung verstoßen oder bei der Nutzung strafbare Handlungen begehen, können von dem/der Sprecher/-in von der weiteren Nutzung ausgeschlossen werden.

(2) Der Ausschluss berührt die aus dem Nutzungsverhältnis entstehenden Verpflichtungen nicht. Der Anspruch des KIT auf ein festgelegtes Entgelt bleibt bestehen. Dem/der Nutzungsberechtigten stehen Schadensersatzansprüche aufgrund des Ausschlusses nicht zu.

§ 16 Entgelt

(1) Die Nutzung des Instituts durch die Mitglieder des KIT ist im Rahmen der Dienstaufgaben kostenfrei. Die Vorschriften des Nebentätigkeitsrechts bleiben unberührt.

(2) Für die Nutzung des Instituts durch Mitglieder anderer Hochschulen und sonstiger Einrichtungen des Landes sowie des Bundes und sonstiger überwiegend öffentlich rechtlich finanzierter Einrichtungen sind Selbstkostenpreise nach den jeweiligen geltenden Vorschriften in Rechnung zu stellen.

(3) Für die Nutzung des Instituts durch sonstige Nutzer/-innen sind Marktpreise in Rechnung zu stellen. Können Marktpreise nicht ermittelt werden, sind mindestens Selbstkostenpreise zu erheben.

§ 17 Inkrafttreten

Diese Institutsordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in den Amtlichen Bekanntmachungen des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) in Kraft.

Karlsruhe, den 09. Januar 2017

Prof. Dr.-Ing. Holger Hanselka
(Präsident)